

**Als Stadt der Stadtteile
gestalten wir
MANNHEIM
für unsere Kinder und Familien
zu einer lebenswerten, nachhaltigen
und innovativen Stadt.**

**Etatrede
des Vorsitzenden der
CDU-Gemeinderatsfraktion,
Stadtrat Claudius Kranz,
zum Doppelhaushalt 2020/2021
am 26. November 2019**



Spielen.
Bewegen.
Begegnen.



Die Neue Innenstadt



CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

www.cdu-mannheim.de

Als Stadt der Stadtteile gestalten wir

MANNHEIM

für unsere Kinder und Familien

zu einer lebenswerten, nachhaltigen und innovativen Stadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie gleich zu Beginn der diesjährigen Etatrede der CDU-Fraktion an die Realitäten erinnern, die vor uns stehen. Vor zwei Jahren konnten wir darauf verweisen, dass die Steuerschätzung und die Aussagen der Wirtschaftsweisen eine weiterhin konjunkturrell positive Entwicklung in Deutschland voraussagen und dass wir deshalb mit höheren Steuereinnahmen rechnen können. So haben wir auch dieses Jahr 2019 mit dem Halbjahresergebnis und dem Dreivierteljahresergebnis des städtischen Haushaltes eine weiterhin sehr positive finanzielle Entwicklung feststellen können. Wir wissen jedoch, wie stark sich die konjunkturelle Veränderung stets bei den Gewerbesteuerereinnahmen ausdrückt und dass dies zeitversetzt um 1 bis 1 ½ Jahre erfolgt. Zeichen dafür, dass uns in Mannheim die konjunkturrell schwächere Entwicklung ganz besonders hart treffen wird, zeigt die Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen. Während in Baden-Württemberg und im Bundestrend die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen sich nur um 0,1 oder 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat, ist dies in Mannheim viel deutlicher zu sehen, was sicherlich damit zusammenhängt, dass wir insgesamt immer noch ein starker Industriestandort sind und gerade im industriellen, hier vor allem im chemischen Bereich, sich eine Verschlechterung der konjunkturellen Situation bereits bei vielen Unternehmen auch in den zu erwartenden Jahresergebnissen 2019 durchschlägt und dies meist auch einen Rückgang der Beschäftigten zufolge hat. Insofern

wissen wir, dass uns der Haushalt 2020/2021 nur im begrenzten Rahmen Handlungsoption gibt.

Da wir, der Gemeinderat, nach Gemeindeordnung aber das Hauptorgan der Kommune sind, ist es unsere Gestaltungsaufgabe bei den anstehenden Haushaltsberatungen im Rahmen der beschriebenen Handlungsoptionen noch die Akzente zu setzen, die es möglich machen Mannheim als Stadt der Stadtteile, für die in ihr lebenden Familien attraktiv, nachhaltig und innovativ auszugestalten. Dabei setzen wir als Gemeinderat unsere politischen Akzente in die eine oder andere Richtung, weil wir der Auffassung sind, dadurch Stadt und Stadtgesellschaft dauerhaft voranzubringen. Für uns als CDU Fraktion stand und steht das Leitmotiv: „Mehr für Kinder und Familie!“ weiterhin im Fokus, wie dies bereits in den Haushaltsberatungen für den laufenden Doppelhaushalt 18/19 der Fall war. Die Abschaffung der Kindergartengebühren während der Regelöffnungszeiten war hier ein guter und richtiger Schritt. Für uns gehört aber zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt auch der Abbau der Kämmereischulden dazu. Im Jahr 2017 waren die Kämmereischulden noch 11 Mio. € höher als in 2019. Hier sieht man, dass das Neuverschuldungsverbot in der Hauptsatzung kleine aber wichtige Früchte trägt.

Risikofaktor Klinikum

Bereits vor zwei Jahren mussten wir uns im Laufe der Haushaltsberatung mit unserer Beteiligung Universitätsklinikum beschäftigen. Trotz aller Versuche über Restrukturierungsmaßnahmen das Klinikum wirtschaftlich wieder auf einen erfolgreichen Kurs zu führen, ist dies auch in den Jahren 2018 und 2019 nicht gelungen. Seit Anfang des Jahres 2019 ist die Geschäftsführung des Universitätsklinikums neu aufgestellt. Sicherlich muss man dieser Geschäftsführung nunmehr auch noch die Zeit geben, ihre Vorstellungen für eine positive Entwicklung des Universitätsklinikums Mannheim umzusetzen. Wichtig ist jedoch dabei, dass man den Gesamtmarkt sowohl in Mannheim als auch in der Region entsprechend beachtet. Mit der Übernahme der Gesellschaftsanteile der Diakonissenkrankenhaus Mannheim GmbH durch die Barmherzigen Brüder Trier verändert sich auch das kompetitive Umfeld für das Klinikum. Hierauf muss rechtzeitig reagiert werden. Eine dauerhafte Verlustsituation, wie wir sie ab dem Jahr 2014 hatten und im Jahr 2019 haben werden, wird Mannheim auf Dauer überfordern. Insbesondere dann, wenn die konjunkturelle Entwicklung und die zu erwartenden Steuereinnahmen ein Weniger von Mehr sein werden.

Unverständlich ist es daher für die CDU-Fraktion, dass das Thema des Klinikums in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters nicht in der zu erwartenden Klarheit formuliert worden ist. Wenn man nur die Haushaltsrede liest, könnte man der Auffassung sein, die Restrukturierung des Klinikums sei eher eine Erfolgsgeschichte. (OB Dr. Kurz: „Erste Erfolge sind sichtbar.“) Dies sehen wir jedoch nicht so. Einigkeit besteht sicherlich darin, dass nur durch umfangreiche Investitionen in neue Gebäude optimierte Ablaufstrukturen, eine nachhaltige Sicherung der medizinischen Versorgung der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden kann, wobei hier insbesondere das Land Baden-Württemberg finanziell maßgeblich unterstützen muss. Da diese bauliche Entwicklung aber einen erhöhten zeitlichen Vorlauf haben wird, da offensichtlich die Planungen aus den vergangenen Jahren bereits obsolet sind, müssen wir deutlich kritisieren, dass für einen Verlustausgleich und für die mögliche Inanspruchnahme aus der 65- Millionen-Bürgerschaft, die wir als Gemeinderat eingegangen sind, keine adäquate finanzielle Vorsorge im Haushalt getroffen wurde.

BUGA – Zeit kann man nicht kaufen

Als weiteres Thema gilt es die BUGA anzusprechen, wenn wir über die Fragen der Kritik und der Risiken des vorgelegten Haushaltsplanes sprechen. Mit diesem Haushaltsplan verabschieden wir nicht nur den Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre, sondern auch die Finanzplanung für die darauffolgenden Jahre 2022/23. Damit haben wir auch das Jahr der Bundesgartenschau 2023 fest im Blick. Sorgen bereitet uns in diesem Zusammenhang die unserer Meinung nach noch nicht vorhandene Planungstiefe für das Projekt und die erheblichen Schwierigkeiten im Rahmen der Umsetzung. Ich sage dies ganz deutlich: die CDU-Gemeinderatsfraktion steht weiterhin zur Durchführung der BUGA. Politik aber insbesondere die ausführende und beaufsichtigende Verwaltung haben sich in den vergangenen zwei Jahren viel zu intensiv mit kleinteiligen Fragestellungen beschäftigt, wie dem Verlauf des Radweges am Rande der Feudenheimer Au. Die maßgeblichen Fragestellungen, wie z.B. was biete ich den Besucherinnen und Besuchern einer Bundesgartenschau an Neuigkeiten und an Attraktionen, welches Leitmotiv treibt unsere BUGA in Mannheim, wie sieht der konkrete Zeitplan für die gestalterischen Maßnahmen auf Spinelli aus, sind nicht im Ansatz beantwortet. Vor etwa einem Jahr haben wir einen Wettbewerbssieger für die Erneuerung und Erweiterung der Gebäudestruktur im Luisenpark rund um den Kutzerweiher auserkoren.

Die ursprünglichen Planungen sind zwischenzeitlich wieder maßgeblich verändert worden. Hier fehlt Führung.

Fällt eine dieser Rahmenbedingungen aus, fehlt eine Attraktion. Tempo ist jetzt die Devise. Innovative Attraktionen sind die Voraussetzung, damit wir genügend Besucherinnen und Besucher nach Mannheim bekommen und damit der Durchführungshaushalt nicht mehr Zuschuss benötigt als bisher eingeplant. Hier sehen wir noch Fragen, deren Beantwortung schnell erfolgen muss.

Überrascht und enttäuscht sind wir, dass die Zusage im Rahmen der Leitentscheidung, den Herzogenriedpark im Umfang von mindestens 5 Mio. € aufzuwerten, zusammengeschrumpft ist und dort nur noch 1,9 Mio. € Erhaltungsaufwand verplant werden.

Bildung – fehlende Entwicklungsperspektive

In Bezug auf den Bereich der Bildung ist für uns der Haushalt an vielen Stellen mit großen Fragezeichen versehen. Sicher werden im Moment gerade über das 124 Millionen Programm viele Investitionen in den Schulen durchgeführt. Das ist richtig und gut! Gerade die Schulentwicklung im Mannheimer Norden wird nicht mit einer klaren Perspektive und einem starken Konzept versehen. Schüler und Eltern werden nach diesen Haushaltsberatungen weiterhin nicht wissen, welche Konzepte, auf welcher Zeitachse für die Geschwister-Scholl-Schulen und die Waldschule vorgesehen sind. Diese Situation ist genauso wenig haltbar, wie die bauliche Lage in beiden Schulkomplexen. Hier muss die Verwaltung eine Aussage machen. Wir als CDU-Fraktion werden hier Anträge einbringen.

Neuer Eigenbetrieb Stadtraumservice

Mit der Schaffung des neuen Eigenbetriebs Stadtraumservice Mannheim findet ein wichtiger Teil des bisherigen Haushalts, nämlich insbesondere der Tiefbau bzw. Straßenbau nicht mehr im Haushaltsplan statt. Vielmehr erfolgt ein pauschaler Abfluss an Mitteln an den neuen Eigenbetrieb. Diesen Donnerstag wird im Betriebsausschuss Technische Betriebe der Wirtschaftsplan für diesen wichtigen Eigenbetrieb besprochen, die Beschlussfassung ist während der Haushaltsberatungen vorgesehen. Wir erwarten, dass wichtige Entscheidungen in diesem Bereich weiterhin im Gemeinderat stattfinden.

Unsere Schwerpunkte

Unsere Schwerpunkte für die kommenden zwei Haushaltsjahre sehen wir, wie bereits angesprochen, in der Förderung der Infrastruktur für Kinder und Familien, der Infrastruktur im gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Stadtteilen, dem nachhaltigen Ausgestalten unserer gesamten Stadtgesellschaft in Bezug auf Umwelt und Klima, wobei dabei die Themen „Wohnen“ und „Mobilität“ eine besondere Bedeutung haben. Last but not least müssen in den Jahren 2020/2021 Grundsteine für Projekte, wie „die Neue Innenstadt“, eine Erweiterung der Fußgängerzone in den Bereichen der Kunststraße und der Fressgasse, gelegt werden.

Mehr für Kinder und Familie

Vor 2 ½ Wochen wurde ich von einem der großen Arbeitgeber in Mannheim angesprochen, warum in Mannheim die Ausgangssituation für den Erhalt eines Krippen- oder Kindergartenplatzes so schlecht ist. Ein extern angeworbener neuer Mitarbeiter hat den Umzug in unsere Stadt bisher nicht vollziehen können, weil für seine drei Kinder keine Unterbringung in Krippe und Kindergarten realisiert werden konnte. Dies ist bei weitem kein Einzelfall.

In vielen Familien hängt von dieser Fragestellung der Verbleib eines auskömmlichen Familieneinkommens ab. Die neuen Statistiken, die im Oktober im Ausschuss für Bildung und Jugendhilfe präsentiert wurden, zeigen auf:

- bis 2023 fehlen zusätzlich rund 600 Betreuungsplätze (U3 und Ü3)
- besonders stark betroffene Stadtteile sind Rheinau, Lindenhof und Gartenstadt

Auf diese Situation reagiert der Haushalt nicht. Konzeptionen sind nicht angesprochen. Alleine werden wir das Problem nicht meistern können. Insofern müssen wir als Stadt Mannheim auf unsere Partner, die Freien Träger, zugehen.

Wir fordern ein Bonusprogramm für jede Krippengruppe und jede Kita-Gruppe, die bis Ende 2023 zusätzlich zu den jetzt bereits geplanten Gruppen in Stadtteilen, in denen eine entsprechend große Zunahme an Krippen- und Kindergartenkindern erwartet wird, entsteht. Für diese neuen Einrichtungen trägt die Stadt Mannheim die Investition der Errichtung der Gruppe abzüglich der Anteile des Landes oder sonstiger Zuschussgeber zu 100 Prozent.

Nur durch solche Maßnahmen wird es uns gelingen, rechtzeitig die Umsetzung unserer Erkenntnisse aus der Bevölkerungsstatistik zu realisieren.

Stadtteile stärken

Für viele Mannheimerinnen und Mannheimer ist unsere Stadt deshalb lebens- und liebenswert, weil wir attraktive Sportangebote haben. In der Zwischenzeit gibt es sogar wieder Drittligafußball, schon lange Zeit haben wir Eishockey-, Hockey-, Tennis- und Handballmannschaften der Spitzenklasse. Das zieht Wochenende für Wochenende tausende von Mannheimern in ihren Bann. Eine ähnliche Erfolgsgeschichte sind unsere kulturellen Einrichtungen, in diesem Jahr ist hier die Kunsthalle ganz vorne mit einer weitbeachteten Matisse-Ausstellung. Der Waldpark, der Käfertaler- und der Dossenwald laden zu ausgiebigen Spaziergängen und Fahrradtouren ein.

Mannheim bietet Einiges, aber gerade für unsere Kleinen, die 3-12 jährigen, sieht es eher mau aus. Das Spielplatzkonzept, welches Spielplätze ausgedünnt hat und die verbliebenen nicht wirklich attraktiver macht, ist kein positiver Beitrag geworden. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild der „alla hopp!-Anlagen“ an drei Standorten in Mannheim hochattraktive Spiel- und Bewegungsplätze für Jung und Alt einrichten.

Der Spielplatz am Karlstern ist bereits großzügig angelegt, verdient aber eine Aufwertung im Spiel- und Bewegungsbereich für alle Generationen. Hierzu sollten attraktive Spielgeräte, Kletterbereiche, Outdoor-Fitnessgeräte und Calisthenics-Einrichtungen das bestehende Angebot ergänzen.

Im Mannheimer Süden fehlt eine attraktive Spielplatzlandschaft gänzlich. Ein attraktiver Spielplatz im Sinne einer „alla hopp!-Anlage“ ist für Familien, die sich am Wochenende kein teures Spaßbad oder Freizeitpark leisten können oder wollen oder nicht mit dem Auto mobil sind, eine wichtige soziale Einrichtung. Direkt neben der Rheinaugrundschule befindet sich eine große Grünanlage mit einem kleinen Spielplatz. Diese Anlage soll zu einem vollwertigen, attraktiven Spiel- und Bewegungsplatz mit Erlebnischarakter werden.

Die Multihalle, ein Baudenkmal herausragender Bedeutung, wird dank der Unterstützung des Bundes saniert. Einzig die Frage nach einem tragfähigen Nutzungskonzept ist bisher nicht beantwortet. Viele Workshops haben dazu stattgefunden.

Wir wissen, dass sich an vielen Stellen in Mannheim Indoor-Spielplätze großer Beliebtheit erfreuen. Kinder lieben dies. Eltern kommen alleine wegen der hohen Temperaturen und der schwierigen Akustik in solchen Räumen immer völlig gestresst nach Hause. Bereits 2011, als

die Stadtspitze noch den schnellstmöglichen Abriss des „Wunders von Mannheim“ vorschlug, beantragte die CDU-Fraktion den Erhalt und die Nutzung der Multihalle als überdachten Spielplatz.

Die Multihalle bietet die einmalige Möglichkeit des wohl größten überdachten und damit wettermäßig unabhängigen Outdoor-Spielplatzes in der Metropolregion. Es bleibt weiterhin in der Multihalle genug Raum für Veranstaltungen der Bürger des Herzogenried und der Neckarstadt.

Die geplanten Investitionen für 3 solcher Spiel- und Bewegungsplätze in Höhe von geschätzten 3-4 Mio. Euro sollten uns unsere Kinder und Familien wert sein.

Mit dem Projekt der lokalen Stadterneuerung in der Neckarstadt-West wollen wir einer Entwicklung entgegenwirken, nämlich dem Zerfall der gesellschaftlichen Strukturen in einem der bevölkerungsreichsten Stadtteile. Dies ist richtig, genau betrachtet, aber zu spät. Aus diesem Fehler, den wir alle gemeinsam begangen haben, müssen wir jetzt lernen. Gesellschaftliches Leben findet in ganz außerordentlichem Maße in den Stadtteilen und den dortigen Vereinen statt. Den Vereinen, den Dachverbänden der Vereine, den Kultur- und Sportinstitutionen müssen wir finanzielle und räumliche Möglichkeiten geben sich zu entfalten.

Dazu gehört für uns:

- in **Wallstadt** die schnelle Planung und Umsetzung eines Kultur- und Sportzentrums mit angegliedertem Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr.
- in **Seckenheim** die Errichtung eines Sportzentrums durch die TSG und Investitionen beim SV 98/07 Seckenheim zum Erhalt dieser für den Mannheimer Südosten wichtigen Vereine mit ihren Angeboten von Kinderschwimmen bis Reha-Sport.
- in **Sandhofen** die Unterstützung des durch Zusammenschluss 2017 gegründeten Sport und Kultur Verein Sandhofen e.V. (SKV) beim Bau des Sportzentrums mit Mehrzweckhalle und die Überplanung der bisherigen Hallen, des „TSV-Geländes“ und der DJK.
- in **Feudenheim** die nun 40 Jahre alte Kulturhalle einer umfassenden Grundrenovierung zu unterziehen.

- die Stadtteilvereine, die Kerwen oder Stadtteilsteste ausrichten, auch finanziell und bürokratisch zu entlasten. Zukünftig muss eine klarere und bessere Absicherung ihrer Aktivitäten erfolgen und die Vereine dürfen nicht durch eventuell tatsächlich notwendig werdende Auflagen bei der Absicherung und Absperrung der Feste oder der Erweiterung von Sanitätsdiensten belastet werden.

Hier muss Politik ihrer Verantwortung gerecht werden und das umsetzen, was oft versprochen wurde. Wie oft standen viele von uns, die wir hier im Gemeinderat heute zusammensitzen, gerade in diesem Jahr bei Stadtteilstesten und mussten uns diese Kritik anhören. In den Sonntagsreden dazu haben alle gesagt:

“Ja, das muss geändert werden.“

Lassen Sie uns bei diesen Haushaltsberatungen auch so handeln.

Die Stärkung der Stadtteile findet auch dadurch statt, dass der allgemeine Ordnungsdienst (AOD) - im Volksmund immer noch besser bekannt als KOD - seine Präsenz in den Stadtteilen verstärkt, um durch eine deutlichere Sichtbarkeit, auch in den Räumen der Vorort-Bürgerdienste, zu erreichen, und mit einem intensivierteren Vorgehen gegen Ordnungsstörungen (insbesondere beim Aufgabenschwerpunkt „Verkehr“) das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerschaft dauerhaft zu verbessern. Hierzu wird auch eine Erhöhung des Stellenplans notwendig werden.

Mobilität in und um Mannheim –

Mobilität für jeden – Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und ÖPNV-Nutzer

Kein Thema bewegt die Menschen in Mannheim im Moment so stark wie die Sperrung der Hochstraße-Süd in Ludwigshafen. Jedem von uns ist auch klar warum. Der nachmittägliche Verkehrskollaps wirkt sich auf ganz Mannheim aus. Jeder der von Norden kommend über die Jungbuschbrücke fahren will, gerät in den Rückstau auf dem Luisenring, von Süden ist die Südtangente betroffen und wer in Gedanken nachmittags um 16 Uhr versehentlich in die Fressgasse fährt, braucht zum Rathaus gut und gerne eine $\frac{3}{4}$ Stunde. Die Bürger fragen sich zu Recht, warum gibt es keine Konzepte, obwohl man doch wusste, dass zumindest die Sperrung der Hochstraße Nord ansteht.

Dritte Rheinquerung nötig

Die IHK Rhein-Neckar hat bereits seit Jahren auf die Notwendigkeit einer dritten Rheinquerung hingewiesen. Die Lösungsvorschläge liegen seit langem auf dem Tisch. Die CDU-Landtagsfraktionen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg werden sich demnächst zusammensetzen, um für unsere Region eine geeinte Entwicklung aufzuzeigen. Dies ist richtig, denn wir brauchen Druck, um eine Veränderung herbeizuführen und das schnell.

Gemeinsamer Verkehrsentwicklungsplan - versäumte Chance

Schon im Jahr 2017 hat die CDU-Gemeinderatsfraktion beantragt, dass ein Verkehrsentwicklungsplan erstellt wird, der nicht an der Grenze zu unserer Schwesterstadt Ludwigshafen halt macht und Ludwigshafen mitbetrachtet. Dieser Antrag fand leider die Ablehnung bei der Verwaltungsspitze. Heute wissen wir, dass dies ein schwerer Fehler war. Auch andere Punkte zur besseren Abstimmung der verkehrlichen Probleme in unserer Region wurden nicht umgesetzt. Große Teile der nachfolgenden Forderungen waren schon Inhalt meiner Etatrede im Dezember 2017.

Noch im Juli 2019 als vermutlich noch niemand ahnte, wie schnell es zur Sperrung der Hochstraße-Süd kommen würde, unternahmen die CDU-Fraktionen beider Städte einen erneuten Versuch mit nachfolgenden Vorschlägen der heutigen Situation vorzubeugen.

Fortgeschriebener Forderungskatalog 2017-2019 der CDU-Fraktionen Mannheim-Ludwigshafen

„Die Einsetzung einer interkommunalen Verkehrskommission der Schwesterstädte Mannheim und Ludwigshafen bestehend aus Stadträtinnen und Stadträten der jeweils zuständigen gemeinderätlichen Ausschüsse sowie den für Verkehr zuständigen Dezernenten. 2017 wurde in Ludwigshafen die Einsetzung einer interkommunalen Verkehrskommission vom Stadtrat beschlossen. Ein solcher Beschluss steht für Mannheim aus.

1. **Die Entwicklung eines gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplans bzw. Mobilitätskonzeptes.** Alle Überlegungen und Planungen auf beiden Seiten müssen ineinandergreifen. Mannheim gibt in Kürze ein Mobilitätskonzept in Auftrag und hat im Ausschuss für Umwelt und Technik ausdrücklich die formale Einbeziehung Ludwigshafens abgelehnt. Dies muss revidiert werden.

2. **Der Ausbau des ÖPNV mit Expresszügen mindestens zu den Pendlerzeiten.** Die neuen Straßenbahnen „Rhein-Neckar-Tram 2020“ werden ab 2022 zu einer Kapazitätserhöhung im ÖPNV führen. Die rheinüberschreitenden Linien müssen qualitativ und quantitativ verbessert werden. Dazu gehören Schnellbahnen, für die auf beiden Seiten Schieneninfrastruktur ausgebaut werden muss (Überholgleise und dergleichen).
3. **Die abgestimmte Einrichtung von Park-and-Ride-Plätzen an den Rändern beider Städte.** Mannheim profitiert davon, wenn Pendler aus dem Rhein-Neckar-Kreis auf dem Weg beispielsweise zur BASF schon vor den Toren der Stadt ihr Auto abstellen und in den ÖPNV umsteigen. Umgekehrt profitiert Ludwigshafen davon, wenn Pendler aus der Pfalz mit Ziel Mannheim nicht durch die Stadt fahren, sondern ebenfalls an der Stadtgrenze auf Bahn und Bus umsteigen. Rechtzeitig vor der Sperrung der Hochstraße Nord muss ein Park-and-Ride-Konzept erstellt werden und zur Umsetzung kommen, sodass (ggf. erst einmal provisorisch) Parkplätze an den ÖPNV-Linien geschaffen werden können.
4. **Der Ausbau des Radwegenetzes über den Rhein hinweg** (Stichwort: Radschnellweg von der Vorderpfalz über Ludwigshafen und Mannheim weiter nach Darmstadt und Heidelberg) muss gemeinsam vorangebracht werden. Beide Städte sollen sich auf ein Radwegebauprogramm mit einem rheinübergreifenden Routennetz und einheitlichen Standards verständigen und zur Bereitstellung anteiliger Mittel verpflichten, um insbesondere Pendlern das Angebot über den einen geplanten Radschnellweg hinaus deutlich zu verbessern.
5. **Die enge Abstimmung aller Baumaßnahmen,** die den Verkehr beeinträchtigen, in einem integrierten Baustellenmanagement. Insbesondere bei den beginnenden Bauarbeiten an den Hochstraßen in Ludwigshafen und bei Arbeiten an den Zubringern zur Konrad-Adenauer-Brücke auf Mannheimer Seite müssen die Erreichbarkeit beider Innenstädte sowie ein leistungsfähiger Verkehrsfluss gewährleistet sein. Ziel muss ein gemeinsames Baustellenmanagement sein mit einem gemeinsamen Informationssystem unter Einbeziehung der Metropolregion Rhein-Neckar.
6. **Die Prüfung alternativer Transportkonzepte für den Güterverkehr.** Dabei sind auch automatisierte Verkehre und die Nutzung von Schwachlastverkehrszeiten zu berücksichtigen.
7. **Die Kompatibilität intelligenter Verkehrssteuerung in beiden Städten.** In Ludwigshafen wird ein so genanntes umweltsensitives Verkehrsmanagement mit einem neuen Verkehrsrechner als Verkehrsleitsystem eingeführt. In Mannheim ist mit Fördergeldern des Bundes

ein intelligentes, echtzeit-basiertes Parkleitsystem geplant. Ziel muss sein, dass beide Städte das Potenzial intelligenter Verkehrssteuerung für flüssigeren und umweltfreundlicheren Straßenverkehr gemeinsam ausschöpfen.

Handelsstandort Mannheim

Mannheim hat als Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar die eindeutige Zentralitätsfunktion und muss genauso wie der Handelsstandort Innenstadt von allen Himmelsrichtungen gut und einfach erreicht werden können. Mit einer Investition von rund 30 Mio. Euro in die Erneuerung der Planken haben wir dafür gesorgt, die Attraktivität des Handelsstandorts zu erhalten. Leider sind Teile der Versprechungen, die auch uns Entscheidern im Vorfeld gegeben wurden, nicht erfüllt worden. Die Reinigung der Planken funktioniert nicht wie versprochen, was wohl auch damit zusammenhängt, dass die Verlegung - entgegen dem guten Vorbild z.B. in Frankfurt - schwimmend erfolgte und nunmehr mit jedem Wasser-Hochdruck-Reinigungsgang der Splitt in den Fugen verloren geht. Hier ist die Verwaltung gefordert eine adäquate Reinigungskonzeption vorzulegen.

Die Neue Innenstadt

Bei der Trauerfeier für Richard Engelhorn erinnerte ich mich, dass dieser uns aus der Politik den Vorschlag präsentierte, die Kapuzinerplanken mit einer Tiefgarage zu unterbauen und die Kapuzinerplanken zu einem echten Platz erwachsen zu lassen. Darauf aufbauend haben wir uns im Sommer dieses Jahres zusammengesetzt und unsere Vorstellung für die Weiterentwicklung der Innenstadt zu Papier gebracht. An dieser Stelle möchte ich mich hier herzlich bei Nikolas Löbel und Thomas Hornung bedanken.

Das Konzept der CDU-Fraktion „die Neue Innenstadt“ sieht vor, die Kunststraße vom Paradeplatz bis zum Ende der Kapuzinerplanken und in der Fressgasse von Q5/P5 bis zur Marktstraße zur Fußgängerzone zu entwickeln, wobei sodann die angrenzenden Seitenstraßen bis zur nächsten Parallelstraße auch für den Autoverkehr gesperrt werden. Die Verkehrszahlen zeigen bisher, dass eine solche Maßnahme in einer normalen Situation umsetzbar ist. Mehr Verkehre müssen dann natürlich über den Ring führen und dieser muss dafür auch ertüchtigt sein. Besucher und Kunden mit PKW können bei diesem Konzept alle Parkhäuser ohne Probleme ansteuern. Sinnvoll wäre es, wenn alle Parkhausbetreiber ihre Preise angleichen und die erste ½ h für den Kurzbesuch kostenlos machen, wie wir dies bei

den Mannheimer Parkhausbetrieben umsetzen wollen. Die Innenstadt erhält durch diese Maßnahmen mehr Aufenthaltsqualität und die Kapuzinerplanken erwachsen zu einem Raum mit echtem Platzcharakter.

Das Bürgerbarometer der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, dass unser Vorschlag eine große Zustimmung in der Bevölkerung findet. Die Mannheimerinnen und Mannheimer wollen, dass unser Konzept für eine Neue Innenstadt umgesetzt wird, weil sie erkannt haben, dass es uns nicht darum geht, die Innenstadt ideologisch begründet und ohne Rücksicht auf Handel und Anwohner im Handstreich autofrei zu machen. Wir wollen eine städtebauliche Aufwertung - und wir wollen die schnelle und bequeme Erreichbarkeit der Parkhäuser. Genau das - eine pragmatische Aufwertung der Innenstadt - wollen auch die Menschen in Mannheim. Für das Haushaltsjahr 2020 stellen wir zunächst 500.000 € ein, um die Vorplanung zu machen, wozu für uns selbstverständlich eine professionelle Verkehrssimulation und ein Verkehrsversuch zählt, um genau zu wissen, wo wir an unterschiedlichen Stellen noch nachbessern müssen.

Dann kann eine schrittweise Umsetzung sowohl der verkehrlichen als auch der städtebaulichen Maßnahmen erfolgen. Ziel bleibt es die Umsetzung zur BUGA 2023 abzuschließen.

In der Vergangenheit schon weiter gewesen – städtisches Pfandsystem entwickeln

In den 90er Jahren waren Mehrwegverpackungen schon mal Hip und kein Straßen- oder Schulfest wurde ohne Spülmobil gefeiert. Heute findet man wieder häufig Einwegverpackungen, ob bei Festen oder als Pizzakarton auf unseren Straßen. Wir sind der Meinung, Plastikgeschirr sollte der Vergangenheit angehören, Plastikmüll sollte weitestgehend vermieden werden. Wir wissen, dass wir als Kommune bei Einwegverpackungen wie den Wasserflaschen der großen Discounter nur appellieren können, die regionalen Glasflaschen zu kaufen. Gemeinsam mit Handel und Gastronomie wollen wir ein städtisches Pfandsystem entwickeln, das Müll vermeidet, für mehr Sauberkeit in unserer Stadt sorgt und einen Beitrag für einen nachhaltigen Umweltschutz leistet. Die Vereine und andere Festveranstalter wollen wir mit Spülmobilen bei der Benutzung von Mehrweggeschirr unterstützen.

15.000 neue Bäume in ganz Mannheim

15.000 Neubürger kommen auf den Konversionsgebieten hinzu – 15.000 neue Bäume wollen wir pflanzen lassen. Das ist gut für das Stadtbild und das Mikroklima. Die neuen Bäume dürfen kein Ersatz für gefällte sein, und sie sollen überall in der Stadt wachsen, gerade auch an bisher kahlen Orten; neue Alleen sollen angelegt werden. Dafür wollen wir in einem Plan festgelegt wissen, dass in jeder Wahlperiode 5.000 neue Bäume in die Erde kommen, macht pro Jahr 1.000 zusätzliche Bäume, und das über 15 Jahre hinweg. Dafür sollen in diesem Doppelhaushalt bereits 460.000 Euro bereitgestellt werden.

Rheindamm sanieren – Baumbestand erhalten

Der Waldpark mit seinem historisch gewachsenen Baumbestand ist eines der beliebtesten Naherholungsgebiete unserer Stadt. Dort erlebt man Mannheim pur. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat nun als Maßnahmenträger angekündigt, den Rheindamm sanieren zu müssen. Dabei sollen bis zu 1.000 Bäume gefällt werden, um nach neuesten DIN-Vorschriften Abstandsflächen zum Damm einzuhalten. Für uns steht dabei fest: Wir brauchen maximalen Hochwasserschutz und wir wollen den maximalen Erhalt des Baumbestandes. Wir können es nicht zulassen, dass eines der schönsten Naherholungsgebiete Mannheims zerstört wird. Jeder Baum, der erhalten werden kann, muss erhalten bleiben. Ein Teilerfolg aller ist es sicher bereits, dass in weit größerem Umfang als bisher geplant nun Spundwände zum Einsatz kommen. Dadurch können die Abstandsflächen wesentlich verringert werden. Noch ist aber das Ziel nicht erreicht.

Keine 260 Meter hohen Windkraftanlagen in Mannheim

Die Energiewende ist ohne Alternative. Wir brauchen dabei einen vernünftigen Energiemix, landes- und bundesweit. Die ideologische Fokussierung auf die Windkraft auch dort, wo fehlende Windhöufigkeit und in deren Folge mangelnde Wirtschaftlichkeit, sowie die Gesundheit der Menschen in nahegelegenen Wohngebieten plötzlich egal sind, lehnen wir ab. Der größte Fehler der damaligen grün-roten Landesregierung war, die Planung der Region, die Mannheim aufgrund seiner geringen Windhöufigkeit und seiner dichten Bebauung ausschloss, nicht anerkannte und die Planungshoheit auf den Nachbarschaftsverband übertrug. Die geringe Windhöufigkeit mit Höhe zu überwinden schadet den Menschen. In Bayern gilt z.B., dass der Abstand einer Windkraftanlage zur nächsten Siedlung mindestens das Zehnfache

("10H") der Bauhöhe betragen muss. Für die CDU ist ganz klar: 260 Meter Hohe Windkraftträder im Landschaftsschutzgebiet in unmittelbarer Nähe zu den Menschen in Kirschgartshausen, Scharhof und Sandhofen werden wir nicht mittragen.

Bezahlbaren und attraktiven Wohnungsbau fördern

Mannheim ist eine Stadt, in der man gerne lebt. Aber das Leben in Mannheim ist teurer geworden, vor allem das Wohnen. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum, damit alle, die gerne hier leben, es sich auch leisten können.

Durch die Entwicklung der Konversionsflächen wächst unsere Stadt und es entsteht neuer Wohnraum für über 15.000 Bürger. Doch der Mannheimer Wohnungsmarkt ist – marktüblich für eine deutsche Großstadt – angespannt. Angebot und Nachfrage regeln in einer Marktwirtschaft den Markt. Sozial wird eine Marktwirtschaft dadurch, dass der Staat zum Wohle der Allgemeinheit korrigierend dort eingreift, wo der Markt überzeichnet.

Zunächst setzt die Politik jedoch die Rahmenbedingungen, damit mehr Wohnungen gebaut werden können. Damit in Mannheim mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, braucht es mehr Bauland. Hierzu wollen wir untergenutzte Gewerbegebiete – zum Beispiel Teile des Wohlgelegen – in Wohngebiete umwidmen, Nachverdichtung innerhalb der Quartiere sowie bisher für Wohnraum nicht genutzte Bereiche wie Teile des Hafens oder verwaiste Gewerbe- und Mischgebiete umwidmen und diese für eine Wohnraumerschließung öffnen.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG leistet mit ihren knapp 20.000 Wohnungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Mieten und schafft bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt. Wir wollen die GBG ggfls. auch mit einer eventuell hierzu nötigen Eigenkapitalerhöhung unterstützen, für bezahlbaren Wohnraum am Markt aktiv zu sein. Auch unter ungenutzten Dächern schlummert viel Ausbaupotenzial, das wenig konfliktträchtig gehoben werden kann. Wir fordern bei entsprechenden Genehmigungsverfahren eine Priorisierung sowie ein Anreizprogramm für Immobilieneigentümer bzw. Eigentümergemeinschaften, ihre Dachstühle zu Wohnraum auszubauen, zum Beispiel über den Erlass der Stellplatzpflicht für die neuen Dachgeschoss-Wohnungen. Gemeinschaftliches Bauen beispielsweise in Form von Baugenossenschaften oder Baugemeinschaften wollen wir

insbesondere auf den Konversionsgebieten fördern. Interessante Projektgemeinschaften stehen hier auf Spinelli in den Startlöchern. Dort muss die Bauverwaltung zeigen, dass sie Partner der Bauherren ist.

Zu vielen Themen haben wir als CDU-Gemeinderatsfraktion noch mehr zu sagen als uns die knappe Redezeit zulässt. Daher stehen im Anhang, nach Dezernaten geordnet, unsere Positionen zu allen weiteren Themen, die wir aus Zeitgründen in der gehaltenen Rede nicht mehr unterbringen konnten, die uns aber ebenfalls wichtig sind.

CDU-geführte Bundesregierung entlastet die Stadt Mannheim

In ganz vielen Bereichen, wie dem Sozialbereich, dem Bildungs- und Betreuungsbereich und beim Verkehr werden die Kommunen durch Bundesgesetze und -initiativen entlastet. Aber sowohl der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Egon Jüttner als auch der amtierende, Nikolas Löbel MdB, haben zusammen mit anderen Akteuren und auch der Stadtspitze dafür gesorgt, dass für Einzelprojekte viele Millionen aus Berlin nach Mannheim kamen und kommen.

Im Sozialbereich entlastet der Bund insbesondere bei den Kosten der Unterkunft und der inzwischen vollständigen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den städtischen Haushalt um 115 Mio. Euro im Jahr – Tendenz steigend.

Durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird die bisherige Eingliederungshilfe nach SGB XII von 2017 - 2023 im Rahmen eines Reformprozesses, der vier Stufen umfasst, grundsätzlich neu aufgestellt. Wir erwarten, dass am Ende der Bund sein Versprechen zur Entlastung der Kommunen auch in diesem Bereich umsetzt.

Unter der Bezeichnung „MitArbeit“ wurde vom Bund das Teilhabechancengesetz mit neuen Arbeitsmarktinstrumenten eingeführt. Wir haben im Gemeinderat am 09.07.2019 beschlossen, dass die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes nutzt. Damit kann langzeitarbeitslosen Menschen in Mannheim eine echte Beschäftigungsperspektive in der Stadtverwaltung geboten werden.

Im Bildungsbereich wäre das vom Gemeinderat beschlossene 124-Millionen-Euro-Paket für die Schulen in Mannheim ohne die Bundesmittel im Schulraumförderprogramm kaum finanzierbar. Hierzu gibt es nochmals ausführliche Informationen im Bildungsteil.

Neben der bisherigen Förderung des Bundes für den Ausbau der Kinderbetreuungs-einrichtungen werden bis 2022 729 Mio. Euro aus dem Bund-Länder-Vertrag zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes nach Baden-Württemberg fließen. Wenn der Bund mit allen Bundes-ländern entsprechende Verträge geschlossen hat, steht fest was das für Mannheim finanziell bedeuten kann. Es wird auf jeden Fall zu einer massiven Entlastung der Stadt Mannheim führen. Erfreulich ist, dass die CDU-geführte Bundesregierung inzwischen die Fortsetzung der finanziellen Beteiligung des Bundes auch über das Jahr 2022 hinaus zugesagt hat.

Der Bund unterstützt mit rund 28 Millionen Euro die Stadt Mannheim als Modellstadt "Saubere Luft" insbesondere beim öffentlichen Personennahverkehr. Neben der Reduzierung des Preises für die Einzelfahrscheine, die sog. Green City-Tickets, wird auch der Arbeitgeberanteil bei Job-Tickets aus diesen Mitteln übernommen. Noch wichtiger sind die Angebotsausweitungen mit der Verstärkung der Linie 50 ab Neuostheim in Richtung Waldhof und der neuen Linie 65, die von der Hochschule (Lindenhof) zur Popakademie (Jungbusch) fährt und vor allem das Glücksteinquartier an den ÖPNV anbindet.

Aus dem „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ bekommt die Stadt Mannheim einen Zuschuss von 1,8 Millionen Euro für ein intelligentes Parkleitsystem. Dies ermöglicht die Umsetzung der CDU-Idee der „Neuen Innenstadt“ und leistet einen Beitrag, den Verkehr in um die Innenstadt flüssiger und damit umweltfreundlicher zu machen und vom Parkplatz-suchverkehr zu befreien.

Durch die Einigung auf Bundesebene mit Grundgesetzänderung bei der Grundsteuer gibt es Planungssicherheit für die Stadt Mannheim. Auswirkung werden die neuen Regelungen ab 2025 haben.

Auch aus der verbesserten Zuschusssituation (80% der zuwendungsfähigen Kosten) des Bundes im GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) profitiert die Stadt Mannheim. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen Karlsplatz (Rheinau), Eisenlohrplatz (Neckarstadt-Ost), Bensheimer Straße, Platz der Freundschaft und der neuen Haltestelle Columbus (alle Käfertal) werden hierüber finanziert.

6,6 Mio. Euro Mittel aus dem Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus (NPS) zum Umbau des Luftschutzbunkers Ochsenpferch zum MArchivum konnten nach Mannheim geholt werden. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt weiterhin die Einrichtung des NS-

Dokumentationszentrums neben den Archivräumen in diesem ehemaligen Bunker als "unbequemes" Mahnmal.

Der amtierende Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel hat gemeinsam mit der Stadtspitze und anderen Bundestagsabgeordneten im Haushaltsausschuss etwas zuvor für unmöglich Gehaltenes erreicht. Als bisher größte kulturelle Einzelförderung für ein kommunales Theater unterstützt der Bund die Generalsanierung des Nationaltheaters Mannheim mit 80 Mio. Euro! Dies zog einen weiteren Zuschuss in Höhe von 40 Mio. des Landes Baden-Württemberg nach sich. Ohne diese finanzielle Beteiligung des Bundes und des Landes wäre eine Finanzierung dieses Großprojekts allein aus dem städtischen Haushalt nicht möglich.

Wiederum aus dem Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus (NPS) holte Nikolas Löbel 5 Millionen Euro für die Sanierung der Multihalle nach Mannheim. So kann das von Frei Otto geschaffene „Wunder von Mannheim“, das der Oberbürgermeister 2011 noch schnellstmöglich abreißen wollte, erhalten bleiben und saniert werden. Bereits 2011 beantragte die CDU-Fraktion den Erhalt und die Nutzung als überdachten Spielplatz.

Dieser Tage hat der Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel erneut 21 Mio. Euro – im Schulterschluss mit Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz und der Unterstützung vieler Abgeordneter im Haushaltsausschuss – nach Mannheim geholt. Für die Erweiterung des Technoseums um ein Zentrum für Digitalkompetenz gibt der Bund 20 Mio. Euro als Zuschuss für die Investition. Das Land Baden-Württemberg hat bereits den, bisher vom SWR genutzten, Gebäudeteil erworben. Sobald der SWR ausgezogen ist (in einen Neubau an der Schafweide am Mannheimer Neckarufer) soll das Medienkompetenzzentrum mit bundesweiter Ausstrahlung eingerichtet werden.

In der gleichen Sitzung genehmigte der Haushaltsausschuss des Bundestages für die Sanierung des Wasserturms 1 Mio. Euro. Die Sandsteinfugen des Mannheimer Wahrzeichens müssen gegen eindringende Feuchtigkeit geschützt, der Sandstein muss ausgebessert und die Kellerwand abgedichtet werden. Die ab 2021 für drei Jahre veranschlagten Bauarbeiten sollen rund 3,5 Millionen Euro kosten, an denen sich der Bund nun mit einer Million beteiligt. Eine Förderung in dieser Größenordnung erhoffen wir uns jetzt auch vom Land.

Danke

Für die Arbeiten an dieser Etatrede bedanke ich mich bei den Mitgliedern der CDU-Gemeinderatsfraktion für ihre Beiträge und bei unserem Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel sowie Branka Todoric und Klaus Hertle für deren Unterstützung bei der Erstellung dieser Etatrede.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der CDU-Gemeinderatsfraktion für die von der Verwaltung geleisteten Vorarbeiten, insbesondere durch das Kämmereiamt unter Leitung von Herrn Manhardt, zum Ausdruck bringen. Unser allgemeiner Dank gilt aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kompletten Stadtverwaltung, die täglich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger tätig sind.

Ich wünsche dem Gemeinderat und der Verwaltung konstruktive Etatberatungen in entspannter Atmosphäre. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ergänzende Ausführungen zu weiteren Themenfeldern

Sicherheit und Ordnung

Kaum ein anderes Thema wird in der Öffentlichkeit so emotional diskutiert wie das Thema Sicherheit. Objektive Sicherheitslage und vor allem Sicherheitsgefühl unserer Bürger bestimmen entscheidend darüber mit, ob das Leben in Stadt und Land lebenswert ist.

Die Kriminalität ist 2018 um 1,1 % auf 73.991 Straftaten gefallen – eine Zahl, die trotz allem noch sehr hoch ist und nicht zufriedenstellend ist. Um die Sicherheitslage bewerten zu können, ist es notwendig, die Kriminalstatistik differenziert zu betrachten. Starke Rückgänge gibt es bei den Wohnungseinbrüchen und der Straßenkriminalität. Beide Deliktfelder befinden sich derzeit auf einem Zehnjahrestief. Anstiege gibt es dagegen bei Betrugsdelikten sowie Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum. Nicht hinnehmbar ist die deutlich gestiegene Zahl von Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf mittlerweile 491 Fälle im Jahr 2018. Die CDU verurteilt diese Gewalt auf das Schärfste.

Aufgrund besonderen, großstädtischen Struktur in unserer Stadt war und ist die Sicherheitslage im Verhältnis zu vielen anderen Städten in Baden-Württemberg schon seit jeher eine besondere. Wir sind stolz auf unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die einen großartigen Einsatz zum Schutz aller Bürgerinnen und Bürger in Mannheim erbringen.

Die CDU hat sich in den vergangenen Jahren immer für mehr Sicherheit aber auch für mehr Sauberkeit eingesetzt. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurden schon im Jahre 2001 an 4 öffentlichen Plätzen Kameras installiert, um das dortige Geschehen besser beobachten zu können und im Bedarfsfalle durch die Polizei schneller intervenieren zu können. Die Zahl der Delikte am Neckartor, am Marktplatz und am Paradeplatz ging bis 2007 dort um bis zu 70 % zurück. Der Erfolg dieser Kameras führte zu dem gesetzlich normierten Paradoxon, dass diese abgeschaltet werden mussten. Wir haben dies immer kritisiert und befürchtet, dass sich die Verhältnisse an diesen Brennpunkten nach und nach wieder verschlechtern werden. Leider hatten wir Recht. Mitte November 2018 wurde nach einem langen politischen Prozess und starker Unterstützung durch die CDU-Fraktion wieder mit der Videoüberwachung an ausgewählten Brennpunkten in Mannheim begonnen. Die ersten Ergebnisse nach nunmehr einem Jahr zeigen einen guten Einstieg in die Praxis. Die durchschnittliche Interventionszeit von zweieinhalb Minuten vom Erkennen eines Vorfalls am Bildschirm bis zum Eintreffen der

ersten Streife vor Ort zeigen, dass die Videoüberwachung, wie gedacht, hervorragend funktioniert.

Wir werden diese Maßnahme weiterhin konstruktiv begleiten, um das Sicherheitsgefühl und die objektive Lage an diesen für unsere Stadt bedeutsamen Plätzen weiter zu verbessern. Da wir aber eine dauerhafte Verbesserung wollen, sollte der Gesetzgeber uns hier mehr Spielraum verschaffen. Wir sollten selbst im Gemeinderat entscheiden dürfen, wo wir eine Kameraüberwachung für sinnvoll und notwendig erachten.

Die CDU-Fraktion fordert aber auch nochmals nachdrücklich die Wiedereinführung der Videoüberwachung an Schulen, die bedauerlicherweise an 17 beteiligten Schulen aus rechtlichen Gründen abgeschaltet werden musste. 2011 hatte die damalige CDU-geführte Landesregierung eine Rechtsgrundlage im Landesdatenschutzgesetz geschaffen, die eine Videoüberwachung an Schulen wieder ermöglichte. Die Schulgemeinschaften mit Schülern und Lehrern und die Eltern unterstützen die Wiedereinführung der Videoüberwachung.

Der Kommunale Ordnungsdienst, der einst durch die CDU initiiert worden ist, muss zukünftig auch dezentral aufgestellt und damit ausgebaut werden, um die vielschichtigen Probleme der Stadtteile vor Ort besser abarbeiten zu können. Die CDU Fraktion fordert, dass zukünftig an jedem Bürgerdienst ein(e) Mitarbeiter(in) angedockt wird, welche(r) die stadtteilspezifischen Probleme kennt und vor Ort kurzfristig Probleme aus der Welt schaffen kann. Ob Falschparken, Hundekot, Müllthemen - es gibt hier vielfältige Problemstellungen zu bearbeiten, die die Bürgerinnen und Bürgern ärgern und die es zu beseitigen gilt.

Der KOD braucht aber auch den vollen Rückhalt des Gemeinderates und der Stadtspitze, wenn die Mitarbeiter Verstöße gegen die Mannheimer Polizeiverordnung konsequent ahnden. Wer seinen Abfall auf die Straße wirft, aggressiv bettelt, übermäßigen Lärm verursacht, Grünflächen beschädigt oder die geschützten Schmuckanlagen am Paradeplatz und Wasserturm betritt, die Hinterlassenschaften seines Hundes einfach liegen lässt oder andere Ordnungswidrigkeiten begeht, der muss mit einer spürbaren Strafe belegt werden. Die Erhöhung der Ordnungsgelder im vorhandenen Bußgeldrahmen in diesem Jahr war ein guter Schritt, allerdings müssen die erhöhten Bußgelder jetzt auch ausnahmslos verhängt werden.

Wir hoffen, dass sich die Situation am Paradeplatz, der sich in den vergangenen Jahren zu einem Treffpunkt der Trinkerszene mit all seinen negativen Begleiterscheinungen entwickelt

hat, mit der Bereitstellung des neuen alkoholakzeptierenden Aufenthaltsraums für die Trinkerszene in der Akademiestraße, deutlich verbessern wird.

Im Bereich der Sauberkeit erwarten wir eine massive Verbesserung durch den neuen Eigenbetrieb Stadtraumservice. Die einheitliche Zuständigkeit für den gesamten öffentlichen Raum muss zu einer schnelleren und konsequenteren Beseitigung von „Schmuddelecken“, wildem Sperrmüll und Abfällen führen, damit Mannheim tatsächlich in Zukunft pieksauber ist.

Die CDU wird ihre Rolle als Sicherheitspartner unserer Bevölkerung auch weiterhin ernst nehmen und im Mannheimer Gemeinderat entsprechende politische Forderungen einbringen.

Feuerwehr und Rettungsdienst

Nach dem erfolgreichen Neubau der Hauptfeuerwache mit integrierter Leitstelle wird derzeit die Feuerwache Nord unter großen Anstrengungen generalsaniert. Die bisherigen Erfahrungen bei der laufenden Sanierung haben gezeigt, dass eine zukünftige Sanierung von Feuerwachen nicht mehr unter laufendem Betrieb vorgenommen werden kann, da es zu vielfältigen Belastungen der Mitarbeiter und Störungen im Betriebsablauf gekommen ist bzw. weiterhin kommt.

Bei der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans müssen jetzt zeitnah die Standortfragen und die etwaigen Neubauten der Wache Süd sowie einer etwaige Ergänzungswache im Mannheimer Norden (Sandhofen) geklärt werden. Mit den Ergebnissen müssen wir uns dann auseinandersetzen.

Die Feuerwehr berichtet, dass Mannheim in einigen Funktionsbereichen schlechter besetzt ist, als in anderen Städten. Sollten sich bei der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans hier Mehrbedarfe ergeben, sind diese zügig abzuarbeiten, um die Sicherheit der Stadt Mannheim perspektivisch nicht zu gefährden.

Die Freiwillige Feuerwehr ist ein Rückgrat des Mannheimer Stadtschutzes und muss in einigen Stadtteilen, insbesondere aber im Norden von Mannheim, verstärkt und ausgebaut werden, um die zunehmenden Bedarfe abdecken zu können. Die Freiwillige Feuerwehr Mannheim Nord in Käfertal deckt derzeit den kompletten Mannheimer Norden mit den beiden riesigen Stadtbezirken der Neckarstadt, Luzenberg, Waldhof, Gartenstadt, Käfertal, Sandhofen,

Blumenau, Schöna, Scharhof und Kirschgartshausen ab. Hier muss über entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Strukturen in Mannheims Norden nachgedacht werden.

Die Mitgliederzahlen der Freiwillige Feuerwehr entwickeln sich dort, wo gute Gegebenheiten durch neue Wachen sind, wie in Friedrichsfeld oder Neckarau und Innenstadt (in der neuen Hauptfeuerwache) sehr gut. Dies zeigt, dass wir dringend die neue Wache in Wallstadt brauchen. Hierzu wird die CDU entsprechende Anträge einbringen. Die Jugendfeuerwehr leistet einen wichtigen Betrag um neue Kameradinnen und Kameraden für die Feuerwehr zu gewinnen. Die Kindergruppen der Jugendfeuerwehr werden von uns unterstützt. Hier kann die Begeisterung für die Feuerwehr geweckt werden.

Der Bereich Bevölkerungsschutz (früher Katastrophenschutz) wird auch gemeinsam mit den Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH, MHD sichergestellt, die die drei Einsatzeinheiten der Stadt Mannheim sowie den Abrollcontainer AB MANV betreiben. Hier ist seit Jahren zu beobachten, dass die Bundeszuschüsse stagnieren und die Organisationen hier mittlerweile pro Organisation 5-stellige Beträge aus eigenen Mitteln investieren, um Defizite auszugleichen und den Stadtschutz sicherzustellen. Gerade die Ereignisse wie der Brand in der Neckaruferebebauung, Demonstrationen, größere Brände, schwere Verkehrsunfälle, Hitzewelle, Stromausfall etc. haben gezeigt, dass dieser Bestandteil der Daseinsvorsorge unverzichtbar ist, mittlerweile aber nur noch durch das große Engagement der Hilfsorganisationen überhaupt sichergestellt werden kann.

Wir freuen uns, dass auch durch den unermüdlichen Einsatz der CDU-Fraktion und des Ersten Bürgermeisters, die neue integrierte Rettungsleitstelle ab April 2020 dort beheimatet sein wird, wo diese aus objektiven Gesichtspunkten zwingend hingehört – in Mannheim in unserer neuen Hauptfeuerwache. Eine der Achillesfersen der Sicherheitsinfrastruktur ist nun wieder unter dem Dach der Stadt Mannheim und wird gemeinsam mit dem DRK Mannheim partnerschaftlich betrieben. Die Rechtsaufsicht über den Rettungsdienst ist nun auch wieder in Mannheim verortet.

Kulturpolitik

Kultur und Kunst haben für die Gesellschaft eine herausragende Bedeutung, weil sie ein Spiegelbild für gesellschaftliche Debatten sind. Dabei weisen sie über das alltägliche Geschehen hinaus und bieten Reibungsflächen zur Debatte mit der Wirklichkeit. Der Dialog

mit Kunst und Kultur kann die Brücke von der Vergangenheit und dem Umgang mit althergebrachten Werten hin zur zukunftsgerichteten Vision einer künftigen Gesellschaft schlagen. Kunst und Kultur wird eine herausragende Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung beigemessen, können sich dort doch die Diskurse der Gesellschaft abbilden.

Politische Entscheidungen zur kulturellen Infrastruktur sind verantwortungsvolle Aufgaben für die Städte, weil sie das Lebensumfeld aller Bürgerinnen und Bürger betreffen und im Wettbewerb der Städte um Fachkräfte und Unternehmen eine hohe Bedeutung als Standortfaktor gewinnen. Kommunale Kulturförderung gestaltet die kulturelle Infrastruktur in der Stadt. Sie ist und bleibt eine Angelegenheit der kommunalen Daseinsvorsorge, deren Gestaltungsfreiheit keinen nationalen oder internationalen Beschränkungen unterworfen werden darf.

Die allgemeinen Finanzierungsprobleme von öffentlichen Aufgaben bewirken eine programmatische Verunsicherung im Kulturbereich. Diese versetzt viele Städte in eine Position der strukturellen kulturellen Schwäche. Kulturpolitik droht in eine Falle zu geraten: Indem sie sich angesichts der finanziellen Restriktionen vorrangig auf den Erhalt kultureller Infrastruktur konzentriert, drohen die wichtigsten Aufgaben aus dem Blick zu geraten, nämlich die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen zu begleiten, die kulturelle Entwicklung der Stadt strategisch zu betreiben und die jeweils besondere, sich aber ständig wandelnde Identität der Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.

Wenngleich die kulturelle Ausrichtung unserer Stadt vielfältig und bunt ist, jede kulturelle Bemühung im ganzheitlichen Kontext begrüßenswert ist, so sind jedoch Leuchttürme der Kultur unverzichtbare Elemente der Kulturpolitik. Sie dienen der Außendarstellung unserer Heimatstadt. Zum anderen sind namhafte Kultureinrichtungen widerstandsfähiger gegenüber finanziellen Kürzungen.

Zu den Leuchttürmen unserer Stadt gehören sicherlich:

Kunsthalle

Der durch großzügiges Mäzenatentum ermöglichte Hector-Bau eröffnet der Kunsthalle nun die Möglichkeit, umfangreichen Ausstellungen namhafter Künstlerinnen und Künstler ausreichende und ansprechende Spielfläche zur Verfügung zu stellen. Mit der Matisse Ausstellung ist es gelungen, eine herausragende Präsentation künstlerischen Wirkens nach Mannheim zu holen. Solche exponierte Ausstellungen gepaart mit der neuen, ansprechend

lichtdurchfluteten, zeitlosen und offenen Architektur des neuen Gebäudes sind Besuchermagnet und tragen zur Erhöhung der Aufmerksamkeit nicht nur in der Fachwelt bei.

Nationaltheater

Das Vierspartenhaus spielt eine herausragende Rolle gerade auch im Bereich der kulturellen Bildung. Es erreicht ein breites regionales und überregionales Publikum und zählt mit ca. 350.000 Besucherinnen und Besuchern jährlich zu den großen Häusern. Die Ausrichtung von Theaterfestivals wie den Internationalen Schillertagen oder dem Mannheimer Mozartsommer setzt es Akzente in der Theaterwelt. Eine zügige Renovierung des am 13. Januar 1957 eingeweihten Gebäudes ist begrüßenswert. Ebenso ist neuer, zusätzlicher Parkraum für die Besucherinnen und Besucher zu schaffen, da der bisherige Theaterparkplatz sich großen Zuspruchs erfreute und nicht ausreichend warm um die Parkplatzwünsche zu erfüllen. Für die Zeit der Renovierungsarbeiten sind attraktive, gut erreichbare und kosteneffiziente Ersatzspielflächen zu suchen.

rem

Die Reiss-Engelhorn-Museen tragen mit ihren 8 Einrichtungen zur kulturellen Vielfalt der Stadt bei. Es gelingt zudem immer wieder, herausragende und viel beachtete Ausstellungen nach Mannheim zu bringen und damit das kulturelle Leben der Stadt und der Metropolregion zu bereichern, aber auch den Bekanntheitsgrad über die regionalen Grenzen hinaus zu steigern. Mit Sorge wird der Zustand des Museums Weltkulturen betrachtet. Der Zustand des Gebäudes lässt es nicht mehr zu, hier die Flächen mit herausragenden und exponierten Ausstellungen zu bespielen. Es ist daher eine zügige Bedarfsermittlung bezüglich der erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und den dann ermittelten Bedarf schnellstmöglich zu realisieren.

Neben diesen Leuchttürmen des kulturellen Lebens darf jedoch das weitere kulturelle Leben der Stadt nicht vergessen werden:

Freie Szene

Eine allgemein anerkannte Definition, was unter „freier Szene“ zu verstehen ist, gibt es wohl nicht. Aus hier vertretener Sicht soll sie unabhängig, überraschend, kritisch sein, sich von der etablierten Szene absetzen, Missstände aufzeigen, Ungerechtigkeiten anprangern,

unangenehm sein und Alternativen aufzeigen. Sie trägt damit zum kulturellen Diskurs bei. Damit die freie Kulturszene diesen Aufgaben gerecht werden kann, ist sie über das bisherige Maß hinaus zu fördern und zu unterstützen.

Clubleben

Mit der Förderung von Livemusik in Mannheimer Clubs sollen sowohl Clubbetreiberinnen und Clubbetreiber bei der Veranstaltung von Konzerten unterstützt, als auch Auftrittsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler der Region geschaffen werden. Es soll der Austausch von (inter-)nationalen und regionalen Künstlerinnen und Künstlern gefördert werden. Die Zuwendung wird grundsätzlich in Form der Festbetragsfinanzierung gewährt. Für Zuschüsse aus diesem Fonds gilt ein Höchstbetrag von 3.000 Euro je Livemusik-Veranstaltung. Die Förderung aus dem Fonds schließt für dasselbe Projekt eine Förderung aus sonstigen Kulturfördermitteln der Stadt aus.

Wirtschaftsstandort Mannheim weiter stärken

Die Konjunktur kühlt ab. Dies zeigt sich leider in Mannheim, als weiterhin von der Industrie geprägter Großstadt, schnell. Im Vergleich zu 2018 ist die Arbeitslosenzahl in Mannheim um über 1% auf 5,7% gestiegen. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen um den Wirtschaftsstandort zu stärken und breiter aufzustellen.

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mannheim haben wir in den vergangenen Jahren versucht, insbesondere dadurch zu stärken, dass wir im Bereich der Startups eine Deutschland weite Größe geworden sind. Um hierbei noch ein bisschen jünger und frecher zu wirken sind die Mannheimer Gründerzentren GmbH in ihrem Auftritt nach außen zu Startup Mannheim geworden.

In 8 Gründerzentren

- MAFINEX Technologiezentrum,
- MUSIKPARK Mannheim,
- Deutsch-Türkisches-Wirtschafts-Zentrum,
- Altes Volksbad Creativ Business,
- GIG 7 Gründerinnen Zentrum,
- Cubex41, Gründungszentrum für Medizintechnologie,

- C-HUB Kreativwirtschaftszentrum,
- Textilerei Gründungszentrum für Mode und Textilwirtschaft,

sind auf über 28.000 m² Unternehmen mit 1000 Arbeitsplätzen entstanden.

Wir sind sicher, dass auch einige der Gründungen auf Dauer noch erheblich wachsen werden und zu einem veritablen Gewerbesteuerzahler werden.

Mannheim hat große verkehrliche Standortvorteile aus seiner räumlichen Lage heraus mitten in Europa:

- Die direkte Anbindung an die Bundeswasserstraßen Rhein und Neckar,
- der Schnittpunkt im Europäischen Fernstraßennetz,
- der Rangierbahnhof als eine der wichtigsten Drehscheiben im Europäischen Güterverkehr,
- der Hauptbahnhof als ICE Knotenpunkt, wichtigster Personenverkehrsknoten Südwest Deutschlands,
- dem City-Airport mit dem europaweiten Luftcharterservice und dem Linienverkehr der Rhein-Neckar-Air nach Berlin, Hamburg und im Sommer nach Sylt.

Für einen Wirtschaftsstandort mit 16,16 Mrd. Euro Industrieumsatz im Jahr 2018 und einer Exportquote von 68,5%! ist die aktuelle Sperrung der Hochstraße-Süd mit massiven Auswirkungen auf die Hauptverkehrswege rund um die Innenstadt und Dauerstau über die zwei Rheinbrücken eine Gefahr.

Zukünftig wird für die wirtschaftliche Entwicklung auch ein Faktor immer wichtiger:

Gut qualifiziertes und ausgebildetes Personal

Qualifiziertes Personal zu bekommen, das leistungsbereit und leistungswillig ist, wird eine wichtige Säule für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts sein.

Hier bietet die hervorragende Hochschullandschaft in Mannheim mit der Universität Mannheim und den zahlreichen Hochschulen in der Stadt den rund 29.000 Studierenden eine gute Basis. Alle Mannheimer Hochschulen können eine hervorragende Entwicklung vorweisen. So gehört beispielsweise die Universität Mannheim zu den 20 besten Universitäten Europas. Sie bietet inzwischen acht englischsprachige Masterstudiengänge an und hat in Bezug auf die Forschungs-und Lehrgebäude erhebliche Fortschritte erreicht, etwa im Bereich

Aula, Katakomben und Kunstturm, die grundsaniert werden. Geplant sind ein neues Rechenzentrum in A5 und vier neue Universitätsgebäude im Bereich Friedrichspark. Dieses Projekt wird von der CDU-Fraktion unterstützt.

Auch die Duale Hochschule ist weiterhin auf Erfolgskurs: neue Studienangebote Digital Business Management, Integrated Engineering und Cyber Security sowie das Forschungsprogramm Data Literacy und Data Service für den Mittelstand. Auch der Neubau Technikum I am Campus Coblitzallee bringt die Hochschule weiter voran. Mit ihrer engen Verbindung zu dualen Partnerunternehmen konzentriert sie sich auf anwendungsorientierte kooperative Projekte.

Die Hochschule Mannheim bietet neben 23 Bachelor- und 11 Masterstudiengängen zwei deutsch-französische Studiengänge mit Grandes Ecoles in Nancy/Frankreich an. Sie gehört zu den größten und forschungsaktivsten Hochschulen in Baden-Württemberg und bundesweit. 2018 haben die forschungsaktiven Professorinnen und Professoren der Hochschule Mannheim mit fast 100 Projekten unterschiedlicher Größe über 6 Millionen Euro forschungsbezogene Drittmittel eingeworben. Die Hochschule Mannheim ist außerdem eine von zehn Fachhochschulen in Deutschland, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eine besondere Forschungsexpertise attestiert wurde.

Bemerkenswert ist auch die Bibliothekskooperation zwischen der Universität, der Hochschule Mannheim und der Dualen Hochschule. Dafür erhalten sie gemeinsame Fördergelder von 400.000 Euro.

Auch die wissenschaftsnahen Forschungseinrichtung, wie das ZEW, das Institut für Deutsche Sprache, das Mannheimer Zentrum für Sozialforschung und die Forschungsgruppe Wahlen, tragen zum Renommee des Wissenschaftsstandorts Mannheim wesentlich bei. Unter diesem Gesichtspunkt ist es für uns von besonderer Bedeutung, die hier ansässigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Mannheim zu halten.

Die gute Arbeit der medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg ist weiterhin ein Erfolgsmodell, auch wenn durch die wirtschaftlich schwierige Lage des Universitätsklinikums Mannheim das Augenmerk auf die Erfolge der Fakultät zurückgegangen ist.

Gerade mit dem Cubex 41 und der Unterstützung des Medizintechnologieclusters erhoffen wir uns für die zukünftige wirtschaftliche, wie wissenschaftliche Entwicklung des Standorts Mannheim, positive Akzente.

Das Business Development Center (BDC) ist mitten in der Bauphase und wird sich in dem vor uns liegenden Etatzeitraum mit Leben füllen. Es wird das Herzstück des MMT und soll wegweisend für die Vernetzung von Medizin- und Technologieforschung nah am Kunden sein.

Die CDU unterstützt die Errichtung eines Gründungs- und Innovationszentrums Umwelt- und Energietechnologien. Bei einem Umsatz im Green-Tech-Bereich von 330 Mrd. €/Jahr und einer Wachstumsvoraussage von 5% wäre es geradezu fahrlässig diesen Zukunftsbereich nicht in Mannheim zu unterstützen um mittelfristig Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen die in anderen Industriezweigen verloren gehen.

Den sozialen Rechtsstaat gewährleisten

Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind die Eckpfeiler des sozialen Rechtsstaates, welche im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland postuliert sind. Dieser Sozialstaat stellt den Menschen von Geburt bis ins hohe Alter angemessene und existenzsichernde Unterstützung bereit. Diese Aufgabe wird gemäß den 12 Büchern des Sozialgesetzbuches vorrangig in den Städten, Kreisen und Gemeinden gemeistert, so auch in unserer Stadt Mannheim. Es ist der Kern des Sozialstaatsgedanken, den sozialen Frieden zu sichern, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Heruntergebrochen auf unsere Kommune heißt das: Sozialpolitik in Mannheim hat die originäre Aufgabe, die Lebenslagen der Menschen und deren Hilfebedarfe zu sehen, zu beurteilen und sachgerechte Lösungen für die Notwendigkeiten zu schaffen.

Darüber hinaus beinhaltet diese grundlegende Sozialstaatsfunktion mit ihren vielfältigen Detailaufgaben: Arbeiten, Wohnen, Jugendhilfe, medizinische Versorgung, Altenpflege, ambulante und stationäre Betreuung und Hilfe usw. eine wichtige ökonomische Funktion in den Gebietskörperschaften generell und in unserer Heimatstadt im Speziellen.

Wie widersprüchlich seit Jahren die Entwicklung zu beurteilen ist, zeigt einerseits die positive Beschäftigungslage am Arbeitsmarkt mit der höchsten Beschäftigungszahl in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung (mehr als 44 Mio. Menschen, in Mannheim ca. 185.000, stehen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen), während andererseits weiterhin mit deutlich steigenden Ausgaben bei den Sozialleistungen zu rechnen ist. Dieser Zwiespalt wird aus dem vorgelegten Etat 2020/2021 sichtbar.

Angesichts des vorgelegten Ergebnis- und Finanzhaushaltsentwurfs in Höhe von je ca. € 1.300 Mio. und seinen sozialen Hauptaufwendungen für die Jahre 2020/2021:

FB 50 – Soziale Sicherung: 301,5 Mio. € / 311,4 Mio. €

ist es im Rahmen einer Etatrede nicht möglich, alle sozialen Einzelthemen anzusprechen, welche eine Stadtgesellschaft prägen. Insofern ist eine Konzentration auf wenige Themenkomplexe angezeigt.

Solidarität und Subsidiarität

Solidarität ist eine auf das Wohl des Ganzen, eine auf das Gemeinwohl gerichtete Gesinnung und Haltung des Menschen. In der Umgangssprache wird die Solidarität vielfach mit Gemeinsinn bezeichnet, die in unserer Zeit der weit verbreiteten Egoismen dennoch als wichtiger „Mörtel“ in der Form des ehrenamtlichen Engagements für unser Gemeinwesen in hohem Maße vorhanden ist.

Davon ist auch die Subsidiarität geprägt, welche die Leistungsfähigkeit der kleinen gesellschaftlichen Zellen über die übergeordneten Zellen betont.

Bei dieser Betrachtung der Wirklichkeit des Gebildes Sozialstaat wird auch deutlich, wie die Zivilgesellschaft durch nichtstaatliche Institutionen (Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände und Kirchen) mitgeprägt und mitgestaltet wird, weil diese umfassende Verantwortung für das Gemeinwesen mit übernehmen. Ohne das Wirken der sogenannten „Freien Träger“ wären die angesprochenen Sozialaufgaben nicht zu meistern, auch nicht in unserer Stadt. Insofern ist stets darauf zu achten, dass diese Institutionen ihren subsidiären Auftrag für die Menschen meistern können. Politik und Verwaltung sind hier gefordert, das Bekenntnis zur Subsidiarität nicht nur in Sonntagsreden zu proklamieren, sondern sie im täglichen Zusammenwirken auch positiv zu leben. Ungeachtet der politischen Gesamtverantwortung der Stadt, auch für die

sozialpolitischen Aufgaben, achtet die CDU-Gemeinderatsfraktion besonders darauf, dass die Subsidiarität ein wichtiger Bestandteil der Mannheimer Kommunalpolitik bleibt.

Bei Gesprächen mit den Freien Trägern im Vorfeld der diesjährigen Etatberatungen wird oft über die Grundsatzvereinbarung der Stadt Mannheim mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege gesprochen, die im Vorfeld der 400-Jahrfeier unserer Stadt unter dem Leitgedanken: „Das partnerschaftliche Miteinander von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege als Garant für ein soziales und gerechtes Miteinander“ unterzeichnet wurde (B-Vorlage 519/2006). Es wäre wichtig, die Inhalte dieser Grundsatzvereinbarung noch stärker als bisher durch partnerschaftliches Verwaltungshandeln umzusetzen.

Obdachlosigkeit und Bettelwesen

Die generell positive wirtschaftliche Entwicklung darf nicht außer Acht lassen, dass auch Menschen auf der Schattenseite der Gesellschaft anzutreffen sind. Gründe für die Obdachlosigkeit sind vielfältig. Auch wenn die Fallzahlen insgesamt relativ gering sind, wird das Stadtbild häufig von diesen Menschen mitgeprägt, insbesondere dann, wenn sie sich als Bettler im öffentlichen Raum, insbesondere in der Innenstadt, bewegen.

Angesichts der Zuwanderung in unsere Stadt ist davon auszugehen, dass die Zahl obdachloser, hilfesuchender und bettelnder Menschen weiter ansteigen wird. Mit Blick auf diese Perspektive sind alle städtischen Fach- und Hilfestellen sowie die Angebote der Freien Träger miteinander noch stärker zu vernetzen, um den Betroffenen in ihrer jeweiligen Situation optimale Unterstützung gewähren zu können.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Fachstellen der Stadt als auch denen der Freien Träger, die Tag ein, Tag aus sich den Bedürfnissen dieser in Not befindlichen Menschen annehmen und ihnen Hilfe und Unterstützung zukommen lassen.

Schulen

Bei der Schulsanierung sind wir, auch aufgrund des Förderprogramms des Bundes, auf einem guten Weg. Nichtsdestotrotz besteht in vielen Einrichtungen ein großer Sanierungsbedarf. Wir erwarten in den kommenden Jahren eine finale Entscheidung zur Zukunft der Geschwister-Scholl-Schulen in Vogelstang. Zudem sehen wir dringenden Handlungsbedarf in der

Waldschule. Die Schülerzahlen dort werden erwartungsgemäß weiter steigen, die Raumkapazitäten sind bereits heute weitestgehend erschöpft, die Schule benötigt dringend eine Perspektive. Diese will reiflich überlegt und gründlich geplant sein. Vor dem Hintergrund des baulichen Zustands der Schule fordert die CDU-Fraktion dennoch ein Sofortprogramm im Umfang von 2 Millionen Euro zur Sanierung eines Pavillons.

Originäre Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)

§ 1 SGB VIII lautet: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Das Zielsystem des FB 51 (Jugendamt) mit seinen Leistungs- und Wirkungszielen kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die dem Kindeswohl dienende Sozial- und Lebensberatung, die Förderung und Erziehung in der Familie, die individuelle Hilfe zur Erziehung (Eingliederungshilfe), die Hilfe bei gerichtlichen Verfahren, die Unterhaltsvorschussleistungen usw. auf hohem Niveau verharrende Fallzahlen aufzeigen bzw. weiterhin steigende Tendenz aufweisen.

Allein die 3 Etataufwendungen 2020 / 2021 für die Pflichtaufgabenfelder:

1.36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	97,2 Mio. € / 99,2 Mio. €
1.36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	67,2 Mio. € / 68,6 Mio. €
1.36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	10 Mio. € / 10 Mio. €
	Summen:	170,0 Mio. € / 171,9 Mio. €

zeigen die deutliche Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Ist-Ergebnis 2018 und den Planzahlen für das Jahr 2019 auf.

Alle drei Etatansätze verdeutlichen mit ihrem hohen Volumen die in vielen Jahren eingetretenen spürbaren Veränderungen in unserer Gesellschaft und in besonderer Weise in Mannheim. Insbesondere die individuellen Hilfen für junge Menschen sind keine singuläre Situation in Mannheim, weil mehr als 50% der Finanzaufwendungen für die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderen betreute Wohnformen aufgewendet werden müssen.

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion ist dies eine sehr bedenkliche Entwicklung, deren Ursachen bei den veränderten gesellschaftlichen Fundamenten zu suchen und zu finden sind. Daher muss es Aufgabe von Politik sein, nicht nur für die Linderung der Folgen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern auch steuernd auf die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen einzuwirken.

Kinderbetreuung

Die Bevölkerungsprognose aus der Vorlage 145/2019 hat gezeigt, dass die Bedarfe in der Betreuung stadtweit weiter zunehmen werden. Bereits heute ist es in vielen Stadtteilen nicht möglich, Eltern die gewünschte Betreuungsform in der gewünschten Einrichtung anzubieten. Dies wird auch zukünftig so sein. Nichtsdestotrotz sind zusätzlich zu den bereits geplanten Maßnahmen und Mitteln größere Anstrengungen notwendig, um dem kurz- und mittelfristigen Bedarf begegnen zu können.

Die CDU-Fraktion spricht sich daher für ein Bonuszuschussprogramm für die freien Träger zur schnellen Schaffung zusätzlicher Plätze in der Kinderbetreuung im Krippen- und Kindergartenbereich aus. Hierzu setzen wir uns für eine stadtteilbezogene Förderung ein. In den Stadtteilen, in denen der Bedarf am höchsten ist, soll es die höchste Förderung geben für Träger, die bis 2023 Plätze schaffen. Wer diese Plätze schafft, erhält 100 Prozent der Kosten des Trägereigenanteils erstattet. Die gilt in abgeschwächtem finanziellem Umfang auch bei Sanierungen bei gleichzeitiger Erweiterung.

Ein Problem bei der Schaffung von Betreuungsplätzen ist oftmals die langwierige und dann häufig erfolglose Suche nach Räumlichkeiten. Hier setzen wir uns für eine Nutzung leerstehender Gewerbeflächen ein, wo vorhanden. Raumanforderungen sind dementsprechend anzupassen.

Offene Jugendarbeit

In den vergangenen Jahren wurden in vielen Stadtteilen Jugendtreffs auf den Weg gebracht. Leider geht es nicht immer so schnell wie gewünscht, aber wir sind zuversichtlich, für den Luzenberg eine schöne Einrichtung zu schaffen, die hoffentlich Anfang 2021 eröffnet werden kann. Lösungen bzw. bessere Räume braucht es jedoch für die Standorte Seckenheim, Friedrichsfeld, den Jugendtreff Zündholz und Neuhermsheim. Hier wurde erfreulicherweise

die Bauvoranfrage positiv beantwortet. Ziel muss es sein, hier in den kommenden Jahren wieder ein stationäres Angebot anzubieten, optimalerweise am alten Standort.

Eltern-Kind-Zentren

Auch für die Kleinsten in unserer Stadt wünschen wir uns ein weiteres Angebot. Mit Ausnahme der Stadtbezirke Neckarau-Nordost und -Südost befinden sich innerhalb oder in der Nähe sozialstrukturell auffälliger Stadtbezirke Eltern-Kind-Zentren. Mit Blick auf den „blinden“ Fleck zwischen Innenstadt und Hochstätt setzen wir uns für einen weiteren Standort in Neckarau ein, der auch Eltern in den angrenzenden Stadtteilen Lindenhof oder Neuhermsheim Anlaufstelle sein soll.

Sport verbindet

Wer sich in einem Sportverein engagiert und das zumeist im Ehrenamt, der leistet einen wesentlichen Beitrag zu unserem Gemeinwohl. Deshalb hat die Förderung des Breitensports für uns als CDU in Mannheim eine ganz wesentliche Bedeutung. Breiten- und Spitzensport bedingen sich dabei. Denn nur durch die breite Aufstellung in einer Vielzahl von Sportarten sind wir in unserer Stadt in der Lage, talentierte Sportlerinnen und Sportler zu entdecken und diese durch eine zielgenaue Förderung in den Spitzensport zu befördern und dort zu unterstützen. Fußball, Eishockey, Tennis, Leichtathletik, Handball, Faustball, Reiten, Mannheim ist in zahlreichen Disziplinen national und international spitze. Damit das so bleibt, wollen wir auch im Doppelhaushalt 2020/2021 wichtige Weichenstellungen für Mannheim als Sportstadt vornehmen.

Erhöhung des Sportstättenbaus

Unsere Sportvereine sind auf eine gute Infrastruktur und intakte Vereinsgelände angewiesen. Der Ausbau von Kunstrasenplätzen stellte uns im Bereich des Fußballs in den letzten Jahren vor große Herausforderungen. Denn Eltern entscheiden auch nach dem Zustand der Sportanlagen, in welchem Verein sie ihr Kind anmelden. Nun stehen wir mit der Abkehr der Verarbeitung von Granulat in die Kunstrasenplätze vor einer erneuten Herausforderung. Der Grundsatz bleibt unverändert: wer unsere Sportvereine wettbewerbsfähig halten will, der muss ihre Sportanlagen attraktiver gestalten. Daher unterstützen wir die Aufstockung der Sportstättenförderung um 100.000 € auf 1,1 Mio. € und wollen diese mittelfristig weiter erhöhen. Wir regen darüber hinaus an, ein neues Finanzierungsmodell für notwendige

Investitionsvorhaben von Sportvereinen zu entwickeln. Für viele Vereine stellt die Zwischenfinanzierung von Bauvorhaben in der Phase bis zum Zuschusszufluss durch Stadt und Sportbund eine erhebliche finanzielle Herausforderung dar. Daher sollte über geeignete Möglichkeiten zwischen Stadtverwaltung, Sportkreis und Sportvereinen gesprochen werden, durch geeignete Zwischenfinanzierungsmodelle Vereine an dieser Stelle erheblich zu entlasten.

Überarbeitung der Sportförderrichtlinie

In der Sportförderrichtlinie der Stadt Mannheim haben wir festgeschrieben, entlang welcher Kriterien der Sport in unserer Stadt gefördert werden soll. Dabei liegt der klare Fokus auf der Förderung von Kindern und Jugendlichen. In Zeiten des demographischen Wandels und der wieder steigenden Geburtenraten müssen wir als verantwortliche Kommunalpolitik darüber nachdenken, wie unsere Sportförderung in Zukunft aussehen soll. Das wollen und müssen wir im Schulterschluss mit unseren Sportvereinen tun. Deshalb regen wir an, im Laufe der nächsten zwei Jahre in Form eines runden Tisches die Sportförderrichtlinie auf den Prüfstand zu stellen und sie damit fit für die Zukunft zu machen.

Sport als Gesundheitsvorsorge - Erhalt und Investition in unsere Hallenbäder

Sport fördert nicht nur das gesellschaftliche Miteinander und den integrativen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, der Sport fördert auch die Gesundheit. Deshalb sind unsere Hallen- und Freibäder auch Gesundheitszentren gerade für viele ältere Menschen. Dabei herrscht in den Hallenbädern unserer Stadt ein enormer Investitionsstau. Vom Herschelbad über die Hallenbäder im Herzogenried, in Waldhof-Ost, Vogelstang, Gartenstadt bis hin zu den Freibädern in Sandhofen und auf der Rheinau, überall herrscht großer Handlungsbedarf. Mit der Entscheidung zum Neubau eines Kombibades auf dem Gelände des Herzogenriedbads ist eine wichtige erste Grundsatzentscheidung gefallen. Für uns als CDU ist dabei entscheidend, dass dieses Kombibad ein für Familien und Vereinssport gleichermaßen attraktives Angebot darstellen wird. Deshalb braucht es weitere Attraktivierungen des geplanten Bades, vor allen Dingen im Außenbereich. Darüber hinaus zeigen wir uns offen für Überlegungen, die Bäderlandschaft im Mannheimer Norden durch ein Sportbad auf dem Standort des bisherigen Carl-Benz-Bades zu erweitern. Hierzu sind schmerzhaft Eingriffe in die Bäderlandschaft und ggf. die Aufgabe bisheriger Standorte notwendig. Dabei erhält die Vogelstang die uneingeschränkte Unterstützung der CDU für den Erhalt eines dortigen Schwimmangebotes,

ob in sanierter Form oder in Form eines integrativen Neubaus im Zuge des Neubaus der Geschwister-Scholl-Schulen. Vogelstang ist ein wichtiger Stadtteil für den Mannheimer Osten und dort befindet sich in mittelbarer Umgebung kein weiteres Hallenbad, sodass der Erhalt eines Standortes auf der Vogelstang als notwendig und geboten erscheint.

Sport und Kultur sind keine Gegensätze, sondern Ergänzungen

Wenn wir über Sport sprechen, dann reden wir auch stets über Infrastruktur, über Sportanlagen im Freien und Sporthallen. Zahlreiche Sporthallen in unserer Stadt unterliegen dabei einer parallelen Nutzung durch Sportvereine und Kulturvereine. Solche Sport- und Kulturzentren stellen in unseren Stadtteilen wichtige Infrastrukturprojekte dar, sie stellen gesellschaftliche Begegnungsstätten dar und sind damit unverzichtbar für das Leben in unseren Stadtteilen. In Wallstadt, Sandhofen, Seckenheim und in Feudenheim braucht es deshalb stadtteilindividuelle Antworten für die Zukunft der dortigen Sport- und Kulturhallen, um jeweils für ein dauerhaftes adäquates Angebot einer funktionierenden Infrastruktur zu sorgen. Ohne zeitgemäße Sport- und Kulturzentren fehlt unseren Sport- und Kulturvereinen vor Ort das Herz, um weiter zu pulsieren. Deshalb werden wir für die Sanierung der Kulturhalle Feudenheim 1 Million Euro, für die Planung und Realisierung eines neuen Sport- und Kulturzentrums in Wallstadt inklusive eines neuen integrierten Standortes für die Freiwillige Feuerwehr 15 Mio. €, für eine neue Mehrzweckhalle und die Überplanung der bisherigen Gelände in Sandhofen die Planungsmittel und für die städtebauliche Entwicklung der Otto-Bauder-Anlage in Seckenheim Planungsmittel in Höhe von 500.000 € einplanen. Die Einnahmen, die die Stadt Mannheim durch die entstehende Wohnbauentwicklung auf der bisherigen Otto-Bauder-Anlage generieren wird, sollen vollumfänglich in die Zukunft der Sportinfrastruktur in Seckenheim und die Förderung neuer oder bestehender Sportanlagen der Vereine SV 98/07 Seckenheim und TSG Seckenheim fließen. Um die Entwicklung der Sportinfrastruktur in Seckenheim zu beschleunigen, wollen wir neben Planungsmitteln ab dem Haushaltsjahr 2021 in die mittelfristige Finanzplanung bis zu 10 Mio. € einstellen, um die Sportlandschaft in Seckenheim nachhaltig zu unterstützen. Eine Refinanzierung muss im Gegenzug durch die städtebauliche Entwicklung auf der Otto-Bauder-Anlage jedoch sichergestellt werden.

Verkehrspolitik – Saubere, sichere, schnelle und bequeme Mobilität für Alle

Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder mit Bus und Bahn: Alle sollen mobil sein, wie sie wollen. Eine der aktuell und auf absehbare Zeit größten Herausforderungen dabei: Der Autoverkehr muss flüssig gehalten werden, denn jede Minute im Stau ist eine zu viel und schadet mit Lärm und Abgasen den Menschen, der Umwelt und dem Klima. Dafür sind Investitionen in Sanierung und Neubau von Straßen sowie in zugehörige Einrichtungen wie Parkleitsysteme in deutlich höherem Maße als bisher notwendig. Dasselbe gilt für Radwege: Radfahrer sollen sicher und schnell von A nach B kommen. Dafür brauchen wir mehr Fahrradwege und Fahrradstraßen. Dafür müssen wir aber auch mehr Radverbindungen sanieren und ausbauen, die heute nichts weiter als gefährliche Schlaglochpisten sind. Sinnlose Prestigeprojekte wie den Radweg in der Augustaanlage lehnen wir ab. Dort wird in Kürze einen Steinwurf entfernt parallel eine Fahrradstraße verlaufen. Die 2,3 Millionen Euro, die wir dafür aus dem städtischen Haushalt für den Radweg in der Augustaanlage aufzubringen haben, wollen wir für Sanierung und Ausbau des Streckennetzes in der Fläche aufwenden, zum Beispiel für einen Weg von der Blumenau zur Eugen-Neter-Schule oder für die Sanierung von Pendler- und Ausflugsrouten durch den Käfertaler Wald.

Im Autoverkehr ist eingetreten, was man nicht zu befürchten wagte: der Beinahe-Kollaps. Schuld sind die (Teil-)Sperrungen der Hochstraßen in Ludwigshafen – aber nicht nur. Auf Mannheimer Seite wurde ebenso viel versäumt, ganz zu schweigen von der Region, und das muss nun dringend nachgeholt werden: Eine dritte Rheinquerung ist unumgänglich, und damit meinen wir keine Fahrradbrücke, sondern eine leistungsfähige Autobrücke oder einen ebensolchen Tunnel, der die Güter- und Pkw-Verkehre einer hoch verdichteten Industrieregion bewältigen kann. Es wird sich noch als nachteilig erweisen, dass Mannheim ein Mobilitätskonzept ohne formale Beteiligung von Ludwigshafen erstellt. Wir sind ein Verkehrsraum – zurzeit aber sind wir ein einziger Verkehrs-Albtraum. Die BBC-Brücke im Zuge der B 38 von Käfertal in die Innenstadt könnte zur Mannheimer „Hochstraßen-Erfahrung“ werden, was unbedingt verhindert werden muss. Die Brücke ist dringend sanierungsbedürftig – und eine unserer wichtigsten Verkehrsadern. Dem schon lange beschlossenen Neubau muss die Verwaltung nun höchste Priorität einräumen.

Natürlich wissen wir: ÖPNV ist Teil der Lösung. Den Ausbau der Stadtbahn, neue Busverbindungen mit besserer Taktung und umweltfreundlichen Fahrzeugen sowie der

weiteren Ausbau der S-Bahn haben wir seit Jahren aktiv vorangetrieben und stets mitgetragen, denn wir wollen, dass mehr Menschen in unserer Region auf den ÖPNV umsteigen. Das machen sie aber nur, wenn sie bequem und zuverlässig transportiert werden. Dafür braucht es eine nutzerfreundliche Verkehrspolitik, die eine gleichberechtigte Mobilität ermöglicht. Während die neuen Stadtbahnen in Kürze Anreize schaffen werden, weil sie mehr Kapazität haben, bequemer sind und mehr Menschen transportieren können, hoffen wir auf einen nachhaltigen Effekt aus den so genannten Green-City-Tickets, also der Fahrpreisvergünstigung, die uns dank der Bundesförderung aus dem „Sofortprogramm Saubere Luft“ möglich wurde. Mehr Menschen sind seither in Mannheim mit der Bahn gefahren, und das sollen sie auch in Zukunft tun. Der Preis allein wird es nicht richten – es ist das Angebot, in das wir weiter investieren müssen. Bund und Land sind gefragt, Kommunen wie Mannheim oder Verkehrsverbünde wie den VRN stärker zu fördern. Einer Millionenförderung des Bundes sei Dank, können wir in Mannheim in ein intelligentes, digitales Parkleitsystem investieren – eine Voraussetzung dafür, die Innenstadt in Teilen zu beruhigen, die Autos gezielt in die Parkhäuser zu lenken und somit Anwohnern, Handel, Besuchern und Umwelt etwas Gutes zu tun.

Die Straßen in unserer Stadt sind in einem schlechten Zustand. Wir können und wir müssen mehr für die Sanierung unserer Straßen tun. Die Hauptverkehrsstraßen müssen so gestaltet werden, dass sie den täglichen Verkehrsströmen standhalten können. Aber auch die Straßen in unseren Stadtteilen dürfen nicht weiter vernachlässigt werden. Für die schnelle, effiziente und nachhaltige Sanierung unserer Straßen auch in den Stadtteilen muss die Verwaltung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln effizienter umgehen. Für den Unterhalt und die grundständige Sanierung land- und forstwirtschaftlicher Wege, die vielfach wichtige Ausflugs- oder gar Pendler Routen für Radfahrer sind, fordern wir erstmals einen eigenen Haushaltsansatz. Hier ist über Jahrzehnte viel zu wenig getan worden. Darüber hinaus brauchen wir dringend ein funktionierendes Baustellenmanagement in Mannheim und in der Region – es wird eher mehr als weniger gebaut werden in den kommenden Jahren. Denn wo viel saniert wird, gibt es viele Baustellen: Ein Baustellenmanagement soll Verkehrsbehinderungen mindern, Staus vermeiden und einen zügigen Verkehrsfluss ermöglichen.

Deshalb gehört den alternativen Antrieben die Zukunft. Teil des Mobilitätskonzeptes, das in den kommenden Jahren erarbeitet wird, müssen deshalb zusätzliche Anreize für den Umstieg

auf Fahrzeuge mit alternativen Antrieben wie Elektro-, Hybrid- und Brennstoffzellenmotoren sein. Das können Sonderrechte wie kostenloses Parken oder das Benutzen von Bus- und Taxispuren sein sowie mehr Stromtankstellen im ganzen Stadtgebiet.

Wenn wir den Schienennah- und Busverkehr weiter ausbauen wollen, um unsere Straßen zu entlasten, die Anwohner und die Umwelt zu schonen, dann gehören dazu auch der Ausbau von ÖPNV-Knoten im ganzen Stadtgebiet, der zeitnahe Stadtbahn-Lückenschluss im Glücksteinquartier sowie die Stadtbahn Nordost auf die Konversionsgebiete. Die Zahl der Park-and-Ride-Plätze muss dringend verdoppelt werden. Wer dort parkt, soll mit dem ÖPNV kostenlos weiterfahren können. Auf den wichtigsten Stadtbahnlinien müssen von dort aus zu Stoßzeiten Expresszüge verkehren bzw. in einem ersten Schritt Expressbusse parallel zu den am stärksten nachgefragten Stadtbahnlinien. Das Mobilitätskonzept muss Antworten darauf geben, wie diese Überlegungen aufs Gleis gesetzt werden können.

Verkehr macht Lärm. Und Lärm macht Lebensqualität kaputt und Menschen krank. Der Ausbau von Bahnstrecken nach und durch Mannheim hindurch muss mit maximalem Lärmschutz einhergehen. Dazu muss jetzt dringend der regionale Schulterschluss gegenüber dem Bund erfolgen für eine Untertunnelung der Bestandsstrecken zwischen der Stadtgrenze im Norden und dem Güterbahnhof im Süden. Die technische Machbarkeit ist ersten Untersuchungen zufolge nicht das Problem. Jetzt muss das Bekenntnis zum Bahntunnel her – und von Bund und Bahn das Geld und Wille dazu.

Wohnen in Mannheim

Die laufende, zeitgleiche Konversion mehrerer großer Gebiete in Mannheim, die Reserven in diesen Gebieten sowie weitere kleinere Konversionsflächen in den Stadtteilen dürfen über eines nicht hinwegtäuschen: Der Mangel an Wohnraum in Mannheim und damit das deutlich gestiegene Mietpreisniveau können nur mit weiterer Bautätigkeit korrigiert werden. Und zwar nicht nur auf diesen Flächen. Denn erstens müssen einzelne Stadtteile strukturell gestärkt werden, zum Beispiel Friedrichsfeld. Und zweitens sorgen mehrere kleine oder kleinste Maßnahmen in Summe für einen spürbar entlastenden Effekt. Mehr Wohnungen entlasten den Markt, und dass darunter auch Einfamilienhäuser sein müssen, damit Mannheim für kaufkräftigere Familien attraktiv bleibt bzw. endlich wieder attraktiv wird, dieser Erkenntnis müssen bei künftigen Erschließungen Taten folgen. Ob der forcierte Ausbau von Dachstühlen

in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren, ob Umwidmung untergenutzter Gewerbegebiete (wie im Wohlgelegen) oder kleine Erschließungen wie es in Friedrichsfeld an der Sufflenheimer Straße möglich wäre: Die große Konversion darf wohnungsbaupolitisch nicht den Blick auf die kleinen, schnell umsetzbaren, dezentralen Maßnahmen verstellen.

Eigenbetrieb Stadtraumservice

Mit dem neuen Eigenbetrieb Stadtraumservice sehen wir die Chance auf eine bessere und effizientere Pflege und Gestaltung des öffentlichen Raumes in Mannheim. Die Zusammenlegung von Stadtreinigung, Tiefbau und Grünflächen kann und sollte ihre Synergien nicht allein aus der vermeintlich effizienteren Zentralisierung ihrer Betriebshöfe ziehen, sondern vor allem aus dem geschickteren Einsatz ihrer Ressourcen Mensch und Maschine. Mit dem neuen Eigenbetrieb ist Tiefbau nicht mehr im Kommunalhaushalt enthalten – wir betrachten das sehr skeptisch.



Claudius Kranz
Fraktionsvorsitzender
CDU-Gemeinderatsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen Passagen
wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:
CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

E 5 Rathaus
Postfach 10 30 51
68030 Mannheim

Tel.: 0621-293-2190
Fax: 0621-293-9440

cdu@mannheim.de
www.cdu-mannheim.de

Fotos:
Stadt Mannheim, Tobias Koch, CDU-Fraktion



CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

www.cdu-mannheim.de